

Haushaltsrede DIE LINKE im Gemeinderat Ludwigsburg am 25.11.2015

Was wir derzeit auf dem Wohnungsmarkt erleben, ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, was Karl Marx vor 150 Jahren beschrieben hat. Er sagte sinngemäß, dass man Dinge im Kapitalismus nicht hauptsächlich wegen ihres Nutzens herstellt, sondern wegen ihres Tauscherts; also nicht für die Bedürfnisse, sondern für den Profit. Wir haben auf der einen Seite leer stehende Häuser, auf der anderen Seite Menschen, die entweder gar keinen Wohnraum finden oder nur Wohnraum, den sie kaum bezahlen können. Letzteres kommt häufiger vor, das heißt wir haben insgesamt zu wenig Wohnungen. Dabei wäre es rein technisch machbar, genügend Wohnraum für alle zu bauen. Das passiert deshalb nicht, weil das Bedürfnis der Menschen, ein Dach über dem Kopf zu haben, hierfür zweitrangig ist. Wohnungen und Häuser werden dann gebaut, wenn sich jemand einen guten Profit davon verspricht. Das Bedürfnis zu Wohnen ist dabei nur Mittel zum Zweck. Das gilt auch für Lebensmittel, Kleidung, Autos, und was sonst noch so alles als Ware produziert wird.

Natürlich kann man diesen Widerspruch nicht auf kommunaler Ebene aufheben. Es gibt jedoch ein praktisches Beispiel, das ziemlich weit geht: In dem andalusischen Dorf Marinaleda gibt es kein privates Wohneigentum, denn alle Häuser und Wohnungen gehören der Gemeinde. Die Miete beträgt 15 Euro im Monat und im Gegenzug müssen die Bewohner beim Bau bzw. bei Renovierungen mithelfen.

Als Gemeinderat haben wir auf die Ursachen der Probleme unserer Gesellschaft überhaupt keinen Einfluss. Alle Maßnahmen die wir als Gremium ergreifen können, sind Symptombekämpfung auf niedrigstem Niveau. Dennoch sollten wir den Spielraum den wir haben nutzen, um den Benachteiligten des Systems zumindest Linderung zu verschaffen. Die Anträge der LINKEN zielen genau darauf ab und sind auch ohne Revolution machbar. In Marinaleda beträgt die Miete 15 Euro, wir fordern hier nur, dass noch mehr Bauflächen an die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH gehen, die darauf vergünstigten Wohnraum nach dem Modell „Fairwohnen“ bauen soll. Bezahlbarer Wohnraum ist auch deshalb so wichtig, damit die Wohnungsnot bei Betroffenen nicht zu Hass gegen Flüchtlinge führt, die ja nun wirklich nichts für die Situation am Wohnungsmarkt können. Wir lehnen es ab, Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, Erwerbslose, Obdachlose und Geflüchtete gegeneinander auszuspielen.

In der belgischen Stadt Hasselt mit ca. 74.000 Einwohnern gab es 16 Jahre lang einen fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr. Mittlerweile kostet es wieder etwas, allerdings nur 60 Cent pro Fahrt, ein Preis über den wir hier schon froh wären. Unklar ist auch, ob der fahrscheinlose ÖPNV in Hasselt tatsächlich an der Sache oder nicht vielmehr an der politischen Haltung der verantwortlichen Gremien gescheitert ist. DIE LINKE im Gemeinderat Ludwigsburg fordert zunächst lediglich einen vergünstigten ÖPNV. Ohne Mobilität ist eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben nicht möglich und damit zum Beispiel auch keine Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen. Wenn viele Menschen vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen, nützt das nicht nur der Umwelt, sondern auch denen, die weiterhin mit dem Auto fahren: Wer täglich auf dem Weg zur Arbeit im Stau steht, weiß was ich meine.

Natürlich kostet das alles Geld. Wir halten es für verkehrt, das Geld bei Kindern bzw. deren Eltern zu holen. Bildung und Erziehung sollte jedem Kind zugänglich sein, egal wie viel die Eltern verdienen. Hamburg hat 2014 die Kita-Gebühren komplett abgeschafft. DIE LINKE in Ludwigsburg beantragt, das letzte Betreuungsjahr vor der Einschulung beitragsfrei zu gestalten. Wir schlagen zur Finanzierung des kostenlosen Kita-Jahrs sowie anderer sozialer Investitionen eine Gewerbesteuererhöhung vor. Liebe Gewerbetreibende, wir wollen Sie damit nicht bestrafen. Hier treffen eben entgegengesetzte Interessen aufeinander. Als Sozialisten würden wir diese Interessenswidersprüche gerne aufheben, aber wie wir zu Beginn bereits festgestellt haben, kann das ein Gemeinderat nicht.

DIE LINKE wird Anträge, die zu einer Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Ludwigsburg führen, selbstverständlich unterstützen. Sie menschenwürdig unterzubringen ist derzeit eine große Herausforderung für die Kommunen, hier müssen wir weiterhin an einem Strang ziehen. Ebenso wichtig ist es, dass die Stadt Ludwigsburg nach wie vor klare Kante gegen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit zeigt. Dieses Jahr gab es bundesweit über 700 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, rassistische Hetze ist in vielen Regionen und im Internet Normalität geworden. Nach den Anschlägen in Paris haben viele Menschen Angst davor, dass der islamistische Terror auch zu uns kommt – dabei haben wir längst den Terror von rechts. Wenn Sie demnächst mal wieder über Begrenzungen der Flüchtlingszahlen oder Asylkompromisse diskutieren, dann denken Sie an die schrecklichen Bilder aus Paris vom 13. November 2015. Stellen Sie sich das 365 Tage im Jahr vor, dann wissen Sie, wovor die meisten der Flüchtlinge fliehen. Ich weiß, das hat wenig mit dem städtischen Haushalt zu tun. Das ist mir an dieser Stelle aber herzlich egal. Auch in Ludwigsburg gibt es in den letzten Monaten verstärkt Nazischmierereien. Wenn Sie nun sagen, in Ludwigsburg sei es ja noch gar nicht so schlimm mit der Fremdenfeindlichkeit, dann sagen wir: Wehret den Anfängen!

Es gilt das gesprochene Wort